



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 29.05.2026 bis 05.06.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

China: Behörden reißen protestantische Hauskirche ab	3
China: Inhaftierten Gemeindeleitern wird Bibel verweigert	4
China: „Gefangene des Monats Juni 2026“	5
Deutschland: Freikirchliches Café schließt nach 26 Anschlägen	6
Jordanien: Kirchen in der Minderheit	7
Kanada: Wie sich Kanada verändert	8
Kirgistan: Inhaftierter Pastor ausgewiesen	11
Kirgistan: Polizei geht gegen Rat der Baptistengemeinden vor	12
Sri Lanka: Buddhisten bewerfen Kirche mit Steinen	13
Sri Lanka: Nachhilfeprogramme	14
Ukraine: Russischer Luftangriff beschädigt Freikirche massiv	15

China: Behörden reißen protestantische Hauskirche ab

Die Verfolgung von Christen durch die chinesischen Behörden hat sich noch einmal verschärft

(IDEA) In der südostchinesischen Stadt Wenzhou (Provinz Zhejiang) haben die Behörden eine protestantische Hauskirche abgerissen. Das berichtet die Menschenrechtsorganisation „ChinaAid“ (Texas/USA) unter Berufung auf lokale Quellen. Es handele sich um die lokal bekannte Yazhong-Kirche (auch Yayang-Kirche genannt).

Am 19. Mai hätten demnach schwere Baufahrzeuge das mehrstöckige Gebäude zerstört. Im Vorfeld sei das Gebiet rund um die Kirche abgeriegelt und das Kreuz mit einem schwarzen Tuch verhüllt worden. Der Abriss sei nur wenige Tage nach dem Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Donald Trump und dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping in Peking erfolgt, bei dem auch über Religionsfreiheit und inhaftierte Geistliche gesprochen wurde.

Auslöser für den Vorfall war nach Angaben von Gemeindemitgliedern eine behördliche Anweisung im Sommer 2025, die chinesische Nationalflagge im Inneren des Gottesdienstraums anzubringen und einen Fahnenmast auf dem Kirchengelände zu errichten. Laut ChinaAid verweigerten die Gläubigen dies. Kurz darauf seien Regierungsvertreter gewaltsam auf das Kirchengelände eingedrungen, hätten Teile der Außenmauer niedergedrückt und einen Fahnenmast errichtet.

Im folgenden Dezember hätten Beamte bei einer Razzia 103 Kirchenmitglieder verhaftet und die Kontrolle über das Gebäude übernommen. Die Familien der Festgenommenen erhielten Berichte zufolge offizielle Warnungen mit der Anweisung, Stillschweigen zu bewahren.

Abriss Teil einer umfassenderen Kampagne

Nach Ansicht des Präsidenten von ChinaAid, Bob Fu, stellt der Abriss der Yazhong-Kirche eine Eskalation einer umfassenderen Unterdrückungskampagne in der Region dar. Mit den jüngsten Maßnahmen habe sich die Verfolgung von Christen durch die chinesischen Behörden verschärft. „Sie ist zunehmend institutionalisiert und gezielter geworden.“

Die Kampagne gegen die dortigen Christen umfasse eine lückenlose Überwachung, strenge Informationskontrollen sowie die Schließung von Unternehmen, die mit mutmaßlichen Kirchenmitgliedern in Verbindung gebracht wurden. Lediglich Kirchen, die der staatlich kontrollierten „Drei-Selbst-Bewegung“ angeschlossen sind, würden offiziell geduldet. Die Yazhong-Kirche ist hingegen staatlich nicht registriert und damit, wie andere Hauskirchen, besonderer Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt.

Die Yazhong-Kirche ist Teil der Bewegung der „Ortsgemeinden“ – auch „Kleine-Herde-Bewegung“ genannt –, die auf den chinesischen Prediger Watchman Nee (1903–1972) zurückgeht. Aufgrund ihrer großen christlichen Bevölkerung wird die Region rund um Wenzhou auch als „Chinas Jerusalem“ bezeichnet. In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen.

China: Inhaftierten Gemeindeleitern wird Bibel verweigert

Angehörige verweisen in formellen Beschwerden auf Religionsfreiheit

Fuyang (IDEA) – Die Situation von drei in China inhaftierten Leitern der reformierten Maizhong-Hauskirche hat sich weiter verschlechtert. Ihnen wird der Zugang zur Bibel verwehrt: Das berichtet „Bitter Winter“, ein Onlinemagazin über Religionsfreiheit und Menschenrechte in China. Seit gut elf Monaten sitzen die Pastoren Zhang Sen und Chang Shun sowie der Gemeindeälteste Ma Tao im Haftzentrum von Fuyang (Provinz Anhui). Die Verweigerung einer Bibel entbehre „jeglicher rechtlichen Grundlage“, betont Zhang Sens Ehefrau in einer von mehreren eingereichten formellen Beschwerden. Häftlinge behielten weiterhin das Recht auf Religionsfreiheit. Deshalb solle die zuständige Aufsichtsbehörde das Haftzentrum anweisen, diesen Rechtsverstoß zu beheben. Die Beschwerden der Familien stellen laut „Bitter Winter“ einen seltenen Akt des öffentlichen Widerstands dar. Derartige Verweigerungen religiöser Schriften seien „keine Einzelfälle“. Dies deute auf eine systematische Praxis in der Region hin.

Noch keine Anklage

Am 29. Juni 2025 hatten die Behörden eine Razzia in der Kirche durchgeführt sowie Chang Shun und Ma Tao festgenommen. Zhang Sen wurde am 9. Juli 2025 verhaftet und von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) sowie der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA zum „Gefangenen des Monats September“ [benannt](#). Im Oktober wurden alle drei an die Staatsanwaltschaft überstellt, um wegen des Vorwurfs der „Organisation illegaler Versammlungen“ angeklagt zu werden. Am 7. Mai 2026 fand eine Vorverhandlung statt. Eine Anklage steht den Angaben zufolge weiterhin aus.

Seit 2021 verfolgt

Die reformierte Kirche Maizhong weigert sich, der „Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung“ beizutreten, die der kommunistische Staat als Dachorganisation für evangelische Christen vorgesehen hat. Da sie sich damit der Kontrolle durch die Kommunistische Partei Chinas (KPC) entzieht, werden deren Mitglieder seit Sommer 2021 verfolgt. Dies geschieht dadurch, dass sie mit elektronischen Fährtenfindern überwacht oder durch Repressalien wie willkürliche Festnahmen unter Druck gesetzt werden. In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen.



China: „Gefangene des Monats Juni 2026“

Adventisten-Pastorin seit fünf Jahren hinter Gittern

(IDEA) Als „Gefangene des Monats Juni 2026“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA die chinesische Christin Zhang Wenying benannt. Sie rufen dazu auf, sich für die Inhaftierte einzusetzen. Am 14. August 2021 verurteilte ein Gericht in der Stadt Kaili (Provinz Guizhou) die Pastorin einer Gemeinde der Siebenten-Tags-Adventisten wegen angeblichen Betrugs zu einer Gefängnisstrafe von zwölf Jahren. Drei weitere Gemeindeleiter wurden in dem Prozess zu jeweils drei, fünf und sechs Jahren Haft verurteilt.

Der Vorwurf des Betrugs ist in China laut der IGFM eine übliche Anschuldigung gegen christliche Gemeindeleiter. Die herrschende Kommunistische Partei Chinas versucht damit, jegliche religiösen Aktivitäten zu kontrollieren. Die Behörden stellen deren Spendensammlungen – etwa für den Erhalt von Kirchenräumen – als wirtschaftliche Straftaten dar.

Pastorin hat selbst gespendet

Vergeblich hatten Gemeindemitglieder vor Gericht ausgesagt, aus freien Stücken für die Verwaltung ihrer Kirche gespendet zu haben und mit der Mittelverwendung einverstanden gewesen zu sein. Pastorin Zhang soll zudem selbst vergleichsweise höhere Beiträge beigesteuert haben. Das Kirchenvermögen wurde vom kommunistischen Staat beschlagnahmt.

Die Siebenten-Tags-Adventisten gelten in der Volksrepublik nicht als verbotener Kult. Vielmehr schlossen sich die Adventisten in China 1951 der staatlich kontrollierten protestantischen Drei-Selbst-Bewegung an. Insgesamt stehen Religionsgemeinschaften unter strenger Kontrolle durch die Kommunistische Partei. Die umfassenden Vorschriften reichen bis in die theologische Lehre hinein. Das verstößt gegen das Recht auf Religionsfreiheit, wie es in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert wurde.

IGFM und IDEA bitten um Appelle an den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, sich für die umgehende Freilassung von Zhang Wenying einzusetzen. In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen.

[MUSTERBRIEF AN DIE BOTSCHAFT](#)

Deutschland: Freikirchliches Café schließt nach 26 Anschlägen

Leipzig: Pastor Wagner: „Die Linksextremen in Leipzig haben nicht gewonnen“

Leipzig (IDEA) – Die freikirchliche „Zeal Church“ in Leipzig stellt den Betrieb ihres Cafés „Stay“ Ende Juni ein. Das teilte der leitende Pastor René Wagner am 31. Mai in einem Gottesdienst der Gemeinde mit. Nach mehr als zwei Jahren mit 26 Angriffen, massiven Sachschäden, wiederholten Schließungen und einem anhaltenden „digitalen Shitstorm“ sei der Schritt aus finanziellen Gründen unausweichlich. Die Entscheidung sei „sehr hart“ und alles andere als leichtgefallen, so Wagner. Hinter dem Café stünden „Menschen, Arbeitsplätze, Träume, investierte Zeit, Gebete, viel Herzblut, viele schlaflose Nächte, viel Geld“. Zugleich betonte er: „Die Linksextremen in Leipzig haben nicht gewonnen. Sie haben keine Kirche geschlossen. Sie haben keine Gemeinde gestoppt. Sie haben keine Erweckung verhindert. Sie haben keine einzige Seele davon abgehalten, Jesus zu bezeugen.“ Was ende, sei ein Geschäftsbetrieb, was bleibe, sei die Kirche.

Finanziell an die Grenzen gekommen

Gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA erklärte Wagner, die Gemeinde sei „finanziell an die Grenzen gekommen“. Immer wieder seien Kosten für Renovierungen und Instandsetzungen angefallen. Auf das „Stay“-Café waren seit der Eröffnung vor gut zweieinhalb Jahren immer wieder Anschläge verübt worden. Den bislang größten Schaden richtete ein [Buttersäure-Anschlag](#) in der Nacht von Heiligabend auf den ersten Weihnachtstag an. Damals entstand nach Angaben der Gemeinde ein Schaden von rund 20.000 Euro. Hinzu kamen Einnahmeausfälle wegen wiederholter Schließungen sowie eingeworfene Scheiben und Graffiti an der Fassade.

Kritik an der Stadt Leipzig

Wagner äußerte sich enttäuscht über die Reaktion der Stadt Leipzig. Es sei „sehr schmerzhaft“, dass es bis heute keine politische Anerkennung gebe, dass es bei den Angriffen um die Religionsfreiheit gehe. Mit dem Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) habe er sich getroffen. Er habe der Gemeinde im persönlichen Gespräch beigeplant. „Aber die Stadt hat da bisher keinen Finger bewegt“, so Wagner. Eine öffentliche, klare Stellungnahme der Stadt sei ausgeblieben. Mit Vertretern von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BSW und AfD habe man Gespräche geführt. „Die Einzigen, wo wir keinen Kontakt reinkriegen, sind die Linken.“ Auch der zuständige Ordnungsbürgermeister gehöre der Linken an. Die Stadt Leipzig hatte auf eine Anfrage der BSW-Fraktion im Stadtrat geantwortet, die Attacken gefährdeten nicht die grundsätzliche [Ausübung der Religionsfreiheit](#). Es handele sich vielmehr um ein wirtschaftliches Problem. Die Zeal Church wies diese Einschätzung in einer Stellungnahme zurück. Die Angriffe richteten sich „eindeutig gegen unsere religiöse Identität, unsere Theologie und unsere Glaubenspraxis und sind daher religiös motiviert“. Dies ergebe sich aus Bekennerschriften aus der linksextremen Szene, Demonstrationen vor dem Café und Beiträgen in Online-Foren.

Christen müssen Stimme erheben

Wagner zeigte sich überzeugt, dass Angriffe auf christliche Einrichtungen künftig zunehmen könnten: „Der Christen Hass in Europa steigt. Es werden immer mehr Kirchen angegriffen.“ Umso wichtiger sei es, dass Christen ihre Stimme erheben. Zugleich dürfe die Gemeinde nicht mit Hass oder Bitterkeit reagieren: „Wir schlagen nicht zurück.“ Es gehe darum, auf die eigenen Rechte zu pochen, Täter zur Rechenschaft zu ziehen und deutlich zu machen, dass solche Angriffe das gesellschaftliche Zusammenleben gefährden. Er wünsche sich, „dass das Thema weiterhin gehört wird“ und die Brisanz der Entwicklung in Deutschland erkannt werde.

Jordanien: Kirchen in der Minderheit

Seit mehr als 30 Jahren ist Jordanien ein sicherer Zufluchtsort für Hunderttausende von Flüchtlingen aus den Konflikten im Nahen Osten.

Flüchtlinge, die in riesigen, überfüllten Lagern zusammengepfercht sind, erhalten internationale Hilfe, doch Flüchtlinge, die in nahegelegenen Städten und Ortschaften Zuflucht gesucht haben, finden weniger Beachtung – und diese stellen die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge dar. Ein jordanischer christlicher Dienst dient diesen Flüchtlingen seit Jahrzehnten und leistet materielle und geistliche Hilfe durch Lebensmittel, Kleidung, Bildung, Literatur, medizinische Versorgung und Evangelisation. Er arbeitet mit gleichgesinnten

Organisationen und mit örtlichen Gemeinden zusammen, die ihm die Nutzung ihrer Räumlichkeiten gestatten, um Hilfsgüter zu verteilen und das christliche Evangelium zu verbreiten. Verzweifelten und traumatisierten Menschen wird nicht nur Hoffnung in ihrer gegenwärtigen Situation geschenkt, sondern viele finden auch das ewige Leben in Jesus Christus.

Quelle: Manara/ WORLDNEWS 330 Bridgeway Publications

Kanada: Wie sich Kanada verändert

Sterbehilfe, Hassrede, Laizismus

(IDEA) Die Fußballweltmeisterschaft vom 11. Juni bis zum 19. Juli 2026 in Kanada, den USA und Mexiko rückt Nordamerika weltweit ins Blickfeld. In einem Gastbeitrag für IDEA erklärt die Kanadierin Janet Epp Buckingham, wie sich ihr Heimatland ethisch und religiös verändert.

Kanada, das riesige, aber mit mehr als 41 Millionen Einwohnern dünn besiedelte Land nördlich der Vereinigten Staaten, hat einen religiösen und politischen Weg eingeschlagen, der oft eher Westeuropa als seinem südlichen Nachbarn ähnelt. Rund 60 Prozent bezeichnen sich noch als Christen – ein Rückgang gegenüber 77 Prozent im Jahr 2001. Fast 35 Prozent der Kanadier gehören der römisch-katholischen Kirche an, was die französischen Wurzeln des Landes und die spätere irische Einwanderung widerspiegelt. Die Einwanderung prägt weiterhin das religiöse Leben Kanadas. Etwa ein Viertel der Bevölkerung wurde im Ausland geboren, und viele Einwanderer bringen starke religiöse Traditionen mit. Dadurch spielt der Glaube in Einwanderergemeinschaften oft eine bedeutendere Rolle als bei vielen in Kanada geborenen Bürgern. Die Zahl evangelikaler Christen in Kanada zu schätzen, ist schwierig. Forscher verwenden unterschiedliche Methoden, darunter konfessionelle Zugehörigkeit, gemeinsame Glaubensüberzeugungen und Praktiken oder Selbstbezeichnungen. Da sich diese Kategorien nicht vollständig überschneiden, wird in Umfragen der Anteil evangelikaler Christen meist zwischen sechs und zwölf Prozent der Bevölkerung geschätzt. Vereinzelt wachsen Gemeinden. Das findet vor allem dort statt, wo sie in theologisch konservativeren Traditionen stehen.

Medien interessieren Skandale

Der breitere Rückgang religiöser Identifikation ging mit einem sinkenden öffentlichen Interesse an religiösem Leben und Einfluss einher. In den 60er Jahren spielten Kanadas größte christliche Konfessionen eine bedeutende Rolle bei der Prägung gesellschaftlicher Werte und politischer Debatten. Heute richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit häufiger auf kirchliche Skandale als auf die Beiträge der Kirchen zu sozialen und moralischen Diskussionen. In jüngerer Zeit haben mehrere kontroverse Themen religiöse Leiter in die öffentliche Debatte gebracht. Dazu gehören Gesetzesänderungen zu Hassrede, die Ausweitung ärztlich assistierter Sterbehilfe und Diskussionen über eine strengere Form des Säkularismus in der Provinz Québec.

Gesetze gegen Hassrede

Kanada führte 1970 ein Gesetz ein, das Hassrede kriminalisierte, nachdem die Verbreitung von Hassliteratur zugenommen hatte. Das Gesetz versucht, Grundfreiheiten – insbesondere Religions- und Meinungsfreiheit – mit dem Schutz gefährdeter Gruppen vor Aufstachelung zu Hass und Gewalt in Einklang zu bringen. Bemerkenswert ist, dass es eine Ausnahme für Aussagen enthielt, die „in gutem Glauben“ („good faith“) zu einem religiösen Thema gemacht werden. Vor dem Hintergrund eines Anstiegs antisemitischer Vorfälle nach dem Ausbruch des Gaza-Israel-Konflikts schlug die kanadische Regierung eine Verschärfung des Gesetzes vor. Der Gesetzentwurf „C-9“ sieht vor, das öffentliche Zeigen terroristischer Symbole zu kriminalisieren und religiöse Gemeinschaften sowie ihre Gotteshäuser stärker zu schützen. Im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens wurde jedoch eine bedeutende Änderung eingeführt: die Abschaffung der Verteidigungsmöglichkeit „guter Glaube zu einem religiösen Thema“ bei öffentlicher Aufstachelung zu Hass. Befürworter dieser Änderung argumentieren, dass diese Ausnahme missbraucht werden könne, um antisemitische oder anti-LGBTQ+-Äußerungen zu rechtfertigen, die in religiöse Sprache gekleidet seien. Das Gesetz wurde mit dieser Änderung vom Unterhaus verabschiedet und wird derzeit im Senat beraten.

Christen in großer Sorge

Diese Entwicklung hat erhebliche Sorgen unter religiösen Leitern ausgelöst, insbesondere in christlichen Gemeinschaften. Die nationale Evangelische Allianz, die „Evangelical Fellowship of Canada“ (EFC), betonte beispielsweise, dass die „good faith“-Bestimmung eine wichtige Schutzfunktion erfüllt habe, damit das Strafrecht nicht unbeabsichtigt die Äußerung aufrichtig vertretener religiöser Überzeugungen einschränkt. Manche Stimmen gingen noch weiter und warnten, dass – selbst in einem Land, dessen Charta der Rechte und Freiheiten sowohl Religions- als auch Meinungsfreiheit garantiert – bereits das Zitieren biblischer Texte zu umstrittenen moralischen Themen künftig rechtliche Risiken bergen könnte. Angesichts der bisherigen Rechtsprechung zu Hassrede erscheint dies zwar unwahrscheinlich, doch ähnliche Fälle in Europa haben diese Sorgen verstärkt.

Assistierte Sterbehilfe ausgeweitet

Die kanadische Regierung legalisierte 2016 die „Medical Assistance in Dying“ (MAiD), also ärztlich assistiertes Sterben. Zuvor hatte der Oberste Gerichtshof Kanadas die Entkriminalisierung dieser medizinischen Sterbehilfe verlangt. Während die ursprüngliche Gerichtsentscheidung ein „streng begrenztes und sorgfältig überwacht Ausnahmesystem“ vorsah, wurde MAiD seitdem rasch ausgeweitet. Inzwischen ist diese Form der Sterbehilfe die fünfthäufigste Todesursache in Kanada. Gleichzeitig wurden besorgniserregende Berichte bekannt: Militärveteranen, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen schilderten, dass ihnen notwendige medizinische Versorgung verweigert wurde, während ihnen MAiD als Alternative angeboten wurde. Die aktuelle öffentliche Debatte dreht sich darum, ob MAiD sogar auf Menschen ausgeweitet werden soll, deren einzige medizinische Diagnose eine psychische Erkrankung ist.

Bedenkzeit abgeschafft

Die ursprüngliche Gesetzgebung zu MAiD war bewusst eng gefasst. Sie galt nur für Menschen, deren Tod „vernünftigerweise vorhersehbar“ war und die unerträgliches Leid erlebten. Eine spätere Gerichtsentscheidung erklärte diese Einschränkung jedoch für verfassungswidrig, weil sie Menschen ausschloss, die unter schwerem und anhaltendem Leid litten, ohne am Lebensende zu stehen. Daraufhin brachte die Regierung das Gesetz „C-7“ ein. Dieses hob nicht nur die Voraussetzung auf, dass der Tod vorhersehbar sein müsse, sondern schaffte auch die verpflichtende zehntägige Bedenkzeit ab, so dass in manchen Fällen Begutachtung und Durchführung am selben Tag möglich wurden. Während des Gesetzgebungsverfahrens wurde außerdem eine Änderung eingeführt, die eine Berechtigung allein aufgrund psychischer Erkrankung ermöglichen sollte. Diese Regelung wurde jedoch mehrfach verschoben und ist bislang nicht in Kraft getreten. Angesichts der Kontroversen um eine solche Ausweitung hat ein Sonderausschuss aus Abgeordneten und Senatoren kürzlich eine umfassende Überprüfung abgeschlossen und wird bald Empfehlungen vorlegen. Christliche Organisationen und christliche Mitarbeiter im Gesundheitswesen haben von den Gerichtsverfahren bis hin zum jüngsten Parlamentsausschuss Bedenken gegen diese Praxis geäußert, insbesondere hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Menschen in verletzlichen Lebenssituationen.

Laizismus in Québec

Québec, Kanadas überwiegend französischsprachige Provinz, hat eine besonders strenge Form des Laizismus eingeführt. 2019 verabschiedete die Provinzregierung das Gesetz 21. Es verbietet bestimmten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Autoritätspositionen, sichtbare religiöse Symbole während der Arbeit zu tragen. Dies betrifft Polizisten, Lehrer und Staatsanwälte sowie andere Beamte mit direktem Kontakt zur Öffentlichkeit.

Keine öffentlichen religiösen Praktiken

Kürzlich verabschiedete Québecs Provinzregierung zudem Gesetz 9, das den Kreis der betroffenen Beschäftigten erweitert. Außerdem schränkt das Gesetz „kollektive religiöse Praktiken“ im öffentlichen Raum ein – außer unter bestimmten, eng definierten Umständen. Obwohl allgemein angenommen wird, dass sich die Regelung vor allem gegen sichtbare Ausdrucksformen muslimischen Glaubens richtet – insbesondere das öffentliche Gebet –, reichen ihre Auswirkungen weiter. Auch andere Formen öffentlichen religiösen Ausdrucks, etwa Osterfrühgottesdienste im Freien, fallen darunter. Bemerkenswert ist, dass die Behörden trotz Inkrafttretens des Gesetzes kurz vor Ostern nicht gegen solche Veranstaltungen vorgingen. Ebenso durfte die jährliche Santo-Cristo-Prozession in Montreal – organisiert von der portugiesischen Gemeinschaft und mit einer Christusstatue – am 17. Mai stattfinden, obwohl zunächst keine Genehmigung erteilt worden war. Sowohl Gesetz 21 als auch Gesetz 9 stützen sich auf die sogenannte Ausnahmeklausel der kanadischen Charta. Diese Verfassungsbestimmung erlaubt es Regierungen, Gesetze für jeweils fünf Jahre vor bestimmten gerichtlichen Überprüfungen zu schützen. Gegen Gesetz 21 läuft derzeit eine Klage mit der Begründung, es verletze die in der Charta garantierte Religionsfreiheit. Der Oberste Gerichtshof Kanadas hörte im März die Argumente an; eine Entscheidung wird später in diesem Jahr erwartet.

Stellung beziehen

Die Evangelische Allianz, die fast zwei Millionen evangelikale Christen vertritt, bringt sich in all diesen Debatten ein. Die EFC versucht, biblische Prinzipien durch Stellungnahmen im Parlament, Gespräche mit gewählten Politikern und Beteiligung an wichtigen Gerichtsverfahren in politische Debatten einzubringen. Julia Beazley, Direktorin für öffentliche Politik der EFC, erklärt: „Für gute Gesetze einzutreten, ist eine der Arten, wie wir unseren Nächsten lieben.“ MAiD lehnt sie ab. Denn Kanada solle, so Beazley, „ein Ort sein, an dem Menschen medizinische Behandlung erhalten können – wo Nachbarn beim Leben unterstützt und nicht beim Sterben begleitet werden“. Die EFC hat Stellungnahmen zu Gesetzen gegen Hasskriminalität eingereicht, an parlamentarischen Überprüfungen der Sterbehilfepolitik teilgenommen und Analysen sowie Diskussionen zu den Laizismusgesetzen Québecks bereitgestellt. Damit setzt sie sich weiterhin für den Schutz der Religionsfreiheit und die Würde verletzlicher Menschen in Kanadas sich wandelnder kultureller und rechtlicher Landschaft ein. Was Kanada von den USA unterscheidet: Der christliche Nationalismus ist hierzulande weder so ausgeprägt noch so einflussreich wie im südlichen Nachbarland. Stattdessen müssen sich Evangelikale und andere Christen ihren Platz im öffentlichen politischen Diskurs erst verdienen. Häufig arbeiten sie deswegen mit interreligiösen Bündnissen zusammen – damit ihre Stimmen überhaupt gehört werden.

Janet Epp Buckingham ist Direktorin des Genfer Büros der Weltweiten Evangelischen Allianz bei den Vereinten Nationen.

Kirgistan: Inhaftierter Pastor ausgewiesen

(IDEA) Der 66-jährige Adventistenpastor Pavel Shreider ist aus Kirgistan nach Russland abgeschoben worden. Das berichtete die norwegische Menschenrechtsorganisation „Forum 18“ am 27. Mai. Ihren Angaben zufolge brachten Geheimpolizisten des kirgisischen Nationalen Sicherheitskomitees ihn am 9. April zur Landesgrenze und verhängten ein Wiedereinreiseverbot. Am 10. Juli 2025 war Shreider zu drei Jahren Haft wegen „Aufstachelung zu rassistischer, ethnischer, nationaler, religiöser oder regionaler Feindseligkeit“ [verurteilt](#) worden.

Die eingelegte Berufung wies ein Gericht am 25. Oktober 2025 zurück. Am 25. März 2026 wandelte der Oberste Gerichtshof in Bischkek die Reststrafe in eine Geldstrafe in Höhe von drei Monatsgehältern um. Noch am selben Tag wurde er freigelassen.

Reformadventisten verboten

Shreider leitete die mittlerweile landesweit verbotene Gemeinschaft der „Wahren und Freien Reformadventisten“ im überwiegend muslimischen Kirgistan. Er wurde zwar dort geboren, besitzt jedoch einen russischen Reisepass. Derzeit bemühe er sich andernorts um Asyl, so „Forum 18“.

Einen Grund für die Ausweisung habe die Geheimpolizei der Organisation gegenüber nicht geliefert und auch auf weitere Nachfragen nicht reagiert. Shreiders Ehefrau Nelya, gegen die keine Abschiebung angeordnet wurde, habe sich jedoch dazu entschieden, das Land am selben Tag zu verlassen.

Extremismus-Vorwurf „absurd“

Im November 2024 war Shreider in Bischkek festgenommen worden. Beamte durchsuchten daraufhin seine Wohnung sowie die von etwa zehn weiteren Gemeindemitgliedern. Sie beschlagnahmten unter anderem Bibeln, Bargeld und Mobiltelefone. Am 19. März 2025 stuft das Bezirksgericht Alamudin in der Region Tschüi die „Wahren und Freien Reformadventisten“ als „extremistische“ religiöse Organisation ein und verbot sie.

In einer 20-minütigen Anhörung am 4. August 2025 wies der Oberste Gerichtshof in Bischkek die Berufung der Freikirche gegen dieses Verbot zurück. Indira Aslanova, leitende Expertin des Zentrums für Religionsstudien – einer unabhängigen Organisation mit Sitz in Bischkek –, bezeichnete den Vorwurf des „Extremismus“ gegen die Gemeinschaft als „absurd“.

Mitbegründer der Bewegung war 25 Jahre in Haft

Die Kirche der „Wahren und Freien Reformadventisten“ entstand während der Sowjetzeit. Sie lehnt eine Registrierung durch den Staat und den Militärdienst strikt ab. Mitbegründer war 1929 Wladimir Shelkov (1895–1980), der 25 Jahre seines Lebens in sowjetischen Gefängnissen verbrachte und während der Haft in Sibirien starb.

Der Menschenrechtler Andrej Sacharow (1921–1989) zählte ihn zu den „größten christlichen Humanisten unseres Jahrhunderts“. Von den rund sieben Millionen Einwohnern Kirgistans sind 87 Prozent Muslime, vier Prozent Christen und sieben Prozent Nichtreligiöse.

Kirgistan: Polizei geht gegen Rat der Baptistengemeinden vor

Zwei Beamte der Geheimpolizei NSC führten am 19. April eine Razzia während des sonntäglichen Gottesdienstes einer Baptistengemeinde des Rates der Baptistengemeinden in der Hauptstadt Bischkek durch. Major Aleksey Akulich und Oberleutnant Nursultan Nazarov hatten bereits im September 2025 eine Razzia in derselben Gemeinde geleitet. Nach beiden Razzien verhängten die Behörden gegen die Gemeindeleiter Geldstrafen in Höhe von etwa zwei durchschnittlichen Wochenlöhnen wegen der Abhaltung einer religiösen Versammlung ohne staatliche Registrierung.

Pastor Dmitry Golovin, der die Gemeinde leitet, weist den Vorwurf eines Fehlverhaltens zurück. Er verweist auf Artikel 34 der Verfassung Kirgisistans, der das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit garantiert. In Absatz 2 von Artikel 34 heißt es: „Jeder hat das Recht, einzeln oder gemeinsam mit anderen jede Religion auszuüben oder sich zu keiner Religion zu bekennen.“ Seine Berufung gegen die Geldstrafe vom April 2026 soll im Juni vor dem Amtsgericht des Bezirks Lenin in Bischkek verhandelt werden.

Die Gemeinden des Rates der Baptistengemeinden verzichten bewusst darauf, in den Ländern, in denen sie tätig sind, eine offizielle staatliche Registrierung zu beantragen, da dies nach internationalem Menschenrechtsstandards zulässig ist. In Kirgisistan ist die Ausübung der Religions- oder Glaubensfreiheit ohne staatliche Registrierung jedoch rechtswidrig und strafbar.

Bereits im Januar kam es zu einer Razzia in einer Gemeinde des Rats der Baptistengemeinden in einem Dorf in der Nähe von Bischkek. Die Geheimpolizei NSC hat eine lange Vorgeschichte der Behinderung der Ausübung der Religionsfreiheit in Kirgisistan, wovon vor allem dem Staat nicht genehme Gemeinschaften betroffen sind. Die Maßnahmen richteten sich bisher auch gegen Zeugen Jehovas, Ahmadi Muslime, Falun Gong Anhänger und Wahre und Freie Reformadventisten, wobei einer der Leiter dieses Zweigs der Adventisten, Pastor Pavel Shreider, kürzlich nach Russland abgeschoben wurde.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 29. Mai 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Sri Lanka: Buddhisten bewerfen Kirche mit Steinen

während Christen im Inneren beten

ICC Nachrichten & Berichte - Während sich fast 20 Christen im Inneren zum Gebet versammelt hatten, bewarfen Buddhisten am 21. Mai im Süden Sri Lankas die Zion-Kirche mit Steinen.

Laut lokalen Quellen war gegen 20 Uhr während des Gebets plötzlich ein lautes Geräusch auf dem Dach zu hören. Die Gemeinde erkannte bald, dass absichtlich Steine auf das Kirchengebäude geworfen wurden. Das Dach aus Asbestplatten wurde bei dem Angriff beschädigt. Nach längerem Steinwurf flohen die Angreifer vom Gelände.

Die Gemeindemitglieder waren verängstigt, als sie das laute Geräusch der Steine hörten, die durch ihr Asbestdach brachen. Obwohl sie sich weiterhin zu Gottesdiensten und Gebetstreffen versammeln, sind sie weiterhin um ihre Sicherheit besorgt.

Betrübt über den Angriff berichtete der Pastor der Kirche, dass das beschädigte Dach mit der aufopferungsvollen Arbeit und den Ersparnissen der armen Gemeindemitglieder errichtet worden war.

Die Polizei reagierte schnell auf den Angriff. Die Behörden versicherten der Gemeinde zudem, dass Polizeibeamte die Kirche während der Gebetstreffen regelmäßig besuchen würden, um für Sicherheit zu sorgen.

Die Kirche wurde 2022 gegründet und ist bei der srilankischen Regierung rechtmäßig registriert. Christen in Sri Lanka, insbesondere diejenigen in nicht registrierten Kirchen, sind aufgrund ihres Glaubens oft Feindseligkeiten und Einschüchterungen ausgesetzt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Sri Lanka: Nachhilfeprogramme

Eltern in Teilen Sri Lankas fühlen sich zunehmend zu einem christlichen Nachhilfeprogramm nach der Schule hingezogen, das von Freiwilligen geleitet wird, die sich auf Mathematik und Englisch spezialisiert haben. Das Programm beinhaltet auch evangelistische Inhalte. Obwohl viele Eltern anfangs zurückhaltend waren und dachten, das Programm diene lediglich dazu, ihre Kinder zu bekehren, haben sie im Laufe der Zeit die Arbeit schätzen gelernt und sind offener dafür geworden, von der Liebe Gottes zu hören.

Nicht jeder möchte jedoch die Frohe Botschaft hören. Der Widerstand wird hauptsächlich von buddhistischen Priestern angeführt, die bekannt sind für ihre offene Ablehnung alles Christlichen. Zu den Angriffen gehören typischerweise Beleidigungen, Drohungen gegen Pastoren oder Forderungen, dass Kirchen geschlossen werden.

Mission Netwo/ WORLDNEWS 330 Bridgeway Publications 15 May 2026 übersetzt und bearbeitet AKREF

Ukraine: Russischer Luftangriff beschädigt Freikirche massiv

Mehrere Geschosse lösten einen Großbrand aus

Balaklija (IDEA) – Bei einem russischen Luftangriff ist die Freikirche „Licht des Evangeliums“ in der ostukrainischen Stadt Balaklija südlich von Charkiw schwer beschädigt worden. Das berichtet die christliche Internetplattform „Evangelical Focus“ (EF) unter Berufung auf die Gemeindeleitung. Demnach schlugen am Nachmittag des 23. Mai mehrere Geschosse in das Kirchengebäude ein und lösten einen Großbrand aus. Das Dach des Gotteshauses wurde vollständig zerstört, mehrere zentrale Räume brannten aus. Die gesamte Inneneinrichtung wurde erheblich beschädigt. Verletzt wurde nach Angaben der Gemeinde niemand. Die Verwaltung der 20.000-Einwohner-Stadt verurteilte den Angriff über den Nachrichtendienst Telegram scharf. „Nichts ist dem Feind heilig“, hieß es dort. „Ein Ort, an den Menschen kamen, um zu beten, wurde zum Ziel russischer Waffen.“

Gemeinde überstand bereits russische Besatzung

Laut EF gehört die Gemeinde zur internationalen evangelikalen Denomination „Christian and Missionary Alliance“ (Christliche und Missionarische Allianz). Sie hatte nach eigenen Angaben die zeitweise russische Besatzung der Region in den vergangenen Jahren überstanden. Auch die Festnahme und spätere Freilassung ihres Pastors Alexander Sergejewitsch Suffetnikow durch russische Truppen habe die Gemeinschaft überlebt. Bereits am 24. Mai räumten Gemeindeglieder und Anwohner gemeinsam Trümmer und verbrannte Bauteile beiseite, reinigten die verbliebenen Räume und retteten Kirchengut sowie Bücher. „Inmitten dieser Dunkelheit und der Ruinen hat die Gemeinde Gottes Gegenwart deutlich gespürt“, so die Kirchenleitung. Die Freikirche soll inmitten des Krieges zeitweise als Zuflucht gedacht haben. Überdies seien hier warme Mahlzeiten verteilt und Seelsorge für die Bevölkerung angeboten worden. „Selbst ein gewaltiges Feuer kann nicht verbrennen, was auf dem festen Felsen des Glaubens gebaut ist“, betonte die Gemeinde nun. Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs am 24. Februar 2022 sind bereits zahlreiche Kirchen beschädigt und zerstört worden. Im Februar meldeten die ukrainischen Behörden insgesamt über 700 beschädigte religiöse Stätten wie etwa Kirchen, davon sollen knapp 200 vollständig zerstört worden sein.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]